

16. Landtag von Baden-Württemberg, 122. Sitzung
Mittwoch, 24. Juni 2020, 9.30 Uhr

Rede

Parlamentarische Geschäftsführerin

Nicole Razavi MdL

zur

Änderung des Abgeordnetengesetzes

Es gilt das gesprochene Wort.

Nicole Razavi MdL:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

In der Tat ist es so: Die Corona Pandemie hat uns alle ziemlich kalt erwischt. Viele sind von den finanziellen Folgen getroffen. Tagtäglich telefonieren wir mit Familienvätern, Familienmüttern, die in Kurzarbeit sind, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben, mit Unternehmen, die seit Wochen keine Auftragseingänge mehr haben, mit Busunternehmen, mit dem Zeltverleiher, der noch bis zum Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres keine Aufträge mehr haben wird, mit Vereinen, die in Sorge sind, mit Kulturschaffenden, mit Selbstständigen und vielen mehr. All diese haben in dieser Zeit große Probleme und existenzielle Nöte.

Die Volkswirte übertreffen sich mit Horrornachrichten, wie der Einbruch zu befürchten ist. Diejenigen, die in diesem Land politische Verantwortung tragen und in der Verantwortung stehen, haben in den letzten Wochen mit vollem Einsatz darauf hingewirkt, die Folgen in unserem Land und in der Bevölkerung so gut wie möglich abzufedern.

Wir haben, glaube ich, bisher recht erfolgreich gegen dieses Virus gekämpft und wollen auch weiterhin erfolgreich aus dieser Krise gehen. Dafür haben wir im Land viel Geld bereitgestellt. Wir unterstützen damit effektiv und schnell die, die durch die Krise stark betroffen sind. Erst gestern hat die Landesregierung mit weiteren zentralen Soforthilfen für Unternehmen, für Betriebe, für Kultur und Vereine vieles auf den Weg gebracht.

In großer Geschlossenheit und Besonnenheit tun wir alles, um den Motor der Wirtschaft am Laufen zu halten, ihn wieder anzufeuern und vor allem auch das gesellschaftliche Leben zu stützen und zu schützen. Was wir tun, hilft den Menschen in diesem Land. Damit werden wir unserer politischen Verantwortung gerecht.

Gerade in diesen Zeiten kommt es aber auch auf Zusammenhalt und Solidarität an. Deswegen wollen wir als Abgeordnete ein Zeichen setzen und verzichten mit diesem vorliegenden gemeinsamen Gesetzentwurf von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP auf die anstehende Diätenerhöhung. Wir zeigen damit unsere Nähe zu den Menschen, wir zeigen unsere Verbundenheit mit den Menschen, die durch diese Krise Opfer bringen müssen.

Maßstab für die Abgeordnetenentschädigung ist ganz wesentlich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1975, das den Abgeordneten eine Entschädigung zuspricht, die der Bedeutung des Amtes angemessen ist und vor allem die Unabhängigkeit von Parlamentariern sichert.

Das Bundesverfassungsgericht hat uns aber auch aufgetragen, über unsere Bezahlung selbst zu entscheiden. Wir stehen hier unter starker öffentlicher Beobachtung und auch unter Rechtfertigungsdruck. Das ist auch richtig so. Wir alle wissen, wie kritisch das Ganze oft gesehen wird, und wie unberechtigt teilweise die Vorwürfe sind. Deswegen war es richtig, dass der Landtag im Jahr 2005 entschieden hat, das Verfahren zur Anpassung der Abgeordnetenentschädigung auf ein automatisiertes Indexverfahren – bis 2017 anhand einer gewogenen Messzahl und seitdem orientiert am Nominallohnindex – umzustellen. Das heißt, die Bezüge der Abgeordneten richten sich streng nach den Löhnen und der Lohnentwicklung im Land, am durchschnittlichen Volkseinkommen. Das heißt: Steigen die Löhne, steigen unsere Diäten, sinken die Löhne, sinken auch unsere Diäten – beispielsweise in der Finanzkrise 2010. Das ist ein einfaches, transparentes und gerechtes Verfahren.

Es wirkt allerdings nachlaufend. Weil die Löhne 2019 um 2,6 % gestiegen sind, bedeutet das, dass auch unsere Diäten nachlaufend in diesem Jahr um 2,6 % steigen würden. Mit dem 1. Juli 2020 ergäbe sich damit eine Erhöhung der Diäten von 8 210 € auf 8 423 €, also eine Erhöhung um 213 € brutto. Wir sind uns in diesem Haus allerdings weitgehend einig: Steigende Diäten passen einfach nicht in diese Zeit, in eine Zeit, in der Menschen Einschnitte hinnehmen müssen. Deswegen greifen

wir bewusst einmalig in diesen Automatismus ein und beschließen heute eine außerplanmäßige Nullrunde. Die sinkenden Löhne in diesem Jahr bewirken dann ohnehin sinkende Diäten im nächsten Jahr. Die allgemeine Lohnentwicklung des Jahres 2020 werden wir also doppelt spüren.

Man kann mit diesen eingesparten 365 000 € sicherlich nicht – im Verhältnis zu einem Gesamthaushalt des Landes von 50 Milliarden € – große Sprünge machen. Deswegen ist es einfach eine Botschaft, ein Signal. Aber es war und ist uns als CDU wichtig, dass dieses Geld nicht einfach nur im Landeshaushalt versickert. Uns wäre es wichtig, dass hiermit ganz konkret Dinge finanziert werden, die helfen. Vielleicht können wir uns – ich sage das mit Blick auf die Finanzministerin – tatsächlich noch Gedanken machen, wie dieses Geld dann auch wirklich bei den Menschen ankommt.

Ich bin mir sicher, dass der Weg, den wir heute gehen, der richtige ist. Das bedeutet keine Abwertung unserer Arbeit. Aber auch wir schnallen den Gürtel enger. Das ist ein wichtiges Signal der Solidarität, und das ist – so glaube ich – auch das, was die Menschen von der repräsentativen Demokratie im Land erwarten.

Vielen Dank.